

29. TAGUNG
Straßburg, 20.-22. Oktober 2015

Abbau von Hürden der Jugendpartizipation: eine Lingua franca für Gemeinden und Regionen und junge Menschen

Empfehlung 376 (2015)¹

1. Wenn Bürgerschaft das Ergebnis von Partizipation und Inklusion in ein bestimmtes gesellschaftliches System ist, kann man sagen, dass die Krise und das damit verbundene Risiko der persönlichen Immobilität und sozialen Unsichtbarkeit die Bürgerschaft junger Menschen erodiert, i.e. ihre Möglichkeit, sich selbst als vollgültige Mitglieder der Gesellschaft zu sehen, zu handeln und anerkannt zu werden. Die Ablehnung der Politik durch junge Menschen kann als Symbol für eine Gesellschaft verstanden werden, durch die sie sich verraten und entfremdet fühlen, während die neuen Praktiken des bürgerlichen Engagements, die sie als Ausdruck ihrer Bedürfnisse einsetzen, manchmal als antipolitisch oder apolitisch wahrgenommen werden.

2. Junge Menschen verleihen ihren persönlichen Ideen der Bürgerschaft Form und wie man sich auf Grundlage ihrer persönlichen Erfahrungen mit dem Zuhause, Freundeskreise, Schule und Nachbarschaft in die Gesellschaft einbringen kann. Die Schule ist ein Ort, an dem jeden Tag Fragen der Bürgerschaft behandelt werden sollten und wo man politische Systeme und Partizipation erlernen kann. Darüber hinaus sind sie ein Raum, in dem es leichter ist, stärker marginalisierte Gruppen von Jugendlichen zu erreichen.

3. Junge Menschen werden von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise besonders hart getroffen. Negative Trends auf dem Arbeitsmarkt, ein härterer Kampf um Arbeitsplätze, äußerst unsichere Arbeitsverträge, verlängerte und komplizierte Lebensläufe sowie ein unzureichender sozialer Schutz behindern den Übergang vom Jugendlichen zum Erwachsenen. Das zivile und politische Engagement sowie die sozioökonomische Integration sind Elemente der Bürgerschaft, die man nicht abtrennen kann.

4. Junge Menschen nutzen immer stärker die Internet- und Kommunikationstechnologien (IKTs) als Instrumente der Partizipation, jedoch wird der Zugang zu Computern und zum Internet immer noch bestimmt durch Einkommen oder Bildungsstand, aber auch durch den Wohnort, z. B. städtische Gebiete im Vergleich zu ländlichen Gebieten. Für eine Förderung einer Kommunikationskultur auf Grundlage der Nutzung der IKTs ist der Zugang zum Internet unerlässlich.

5. Schließlich ist es, um die Bedeutung der neuen Ausdrucksformen der Jugendpartizipation zu verstehen, unverzichtbar, die Krise der konventionelleren Formen der Teilhabe zu untersuchen.

6. Der Kongress verweist auf seine Empfehlungen an das Ministerkomitee, den Mitgliedstaaten zu empfehlen, den politischen Einfluss und die Partizipation junger Menschen durch das Angebot weiterer Bürgerrechte zu stärken, z. B. durch Prüfen der Möglichkeit, das Wahlalter auf 16 Jahre zu

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 20. Oktober 2015, 1. Sitzung (Siehe Dokument [CG/2015\(29\)7FINAL](#), Begründungstext), Berichterstatter: Malcolm BYRNE, Irland (R, ILDG).

senken, wie in der Entschließung 1826(2011) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vorgeschlagen.

7. Angesichts des Vorstehenden empfiehlt der Kongress dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern:

a. an den Schulen, die ihrer Zuständigkeit unterstehen, Bürgerschaftskunde, Demokratie- und Menschenrechtsbildung, einschließlich der Funktionsweise politischer Systeme, einzuführen;

b. Schülern bereits im jungen Alter die Verantwortungen und die Chancen der Partizipation zu vermitteln, indem sie ein System gemeinsamer Schulverwaltungsräte einführen, die Raum für Dialog und Konsultation bieten würden;

c. eine Politik zu verabschieden, die jungen Menschen Zugang zu ihren sozialen Rechten gibt, u.a. Beschäftigung, Wohnen und soziale Absicherung, indem sie jenen Institutionen, die auf unterschiedlichen Regierungsebenen für Jugendfragen zuständig sind, z. B. Jugendministerien, mehr Mittel zur Verfügung stellen;

d. die digitale Kluft reduzieren, indem sie einen gleichen Zugang zum Internet in allen Gebieten, urbanen und ländlichen, sicherstellen.

8. Das Ministerkomitee wünscht ggf., den Gemeinsamen Rat für Jugend (CMJ) aufzufordern, Folgendes zu erwägen:

a. eine Bestandsaufnahme der bestehenden Rechtsrahmen, Strukturen und Praktiken für die Partizipation junger Menschen an Entscheidungsprozessen auf kommunaler und regionaler Ebene durchzuführen;

b. zusammen mit dem Kongress eine Konferenz über Jugendpartizipation zu organisieren, um so den Dialog zwischen den Kongressmitgliedern und jungen Menschen zu fördern;

c. die aktuellen Angebote der Jugendpartizipation bei politischen Parteien und Gewerkschaften auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu prüfen, um die Situation der politischen Jugendpartizipation in Europa zu bestimmen.

9. Schließlich bittet der Kongress das Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern, freiwillige Beiträge zur Finanzierung seiner Bemühungen zur Förderung der Partizipation junger Europäer im Rahmen seiner Arbeit durch neue Mechanismen für einen strukturierten Dialog und die Fortführung ihrer aktiven Teilhabe an den Tagungen zu leisten.